

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 22. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. September 2006, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

i. V. von Susanne Herold

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Gespräch mit dem Landesverband der Volkshochschulen über den nachträglichen Erwerb des Haupt- und Realschulabschlusses an Volkshochschulen und das Konzept der Alphabetisierung</b>	<b>4</b>
hierzu: Umdruck 16/1211	
<b>2. Verbesserung der Schwimmausbildung an schleswig-holsteinischen Schulen</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/725	
hierzu: Umdrucke 16/1005, 16/1069, 16/1070, 16/1073, 16/1074, 16/1076, 16/1087, 16/1092, 16/1103	
<b>3. Bericht zur Unterrichtssituation 2005/2006</b>	<b>7</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/902	
<b>4. Beschlussfassung über die Anhörungen des Bildungsausschusses zum Hochschulgesetz und Schulgesetz</b>	<b>8</b>
Umdrucke 16/1182 und 16/1183	
<b>5. Terminplanung für das erste Halbjahr 2007</b>	<b>12</b>
Umdruck 16/1185	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Gespräch mit dem Landesverband der Volkshochschulen über den nachträglichen Erwerb des Haupt- und Realschulabschlusses an Volkshochschulen und das Konzept der Alphabetisierung**

hierzu: Umdruck 16/1211

Frau Mundt vom Landesverband der Volkshochschulen berichtet über die Arbeit der Volkshochschulen auf den Gebieten Haupt- und Realschulabschluss und Alphabetisierung, Umdruck 16/1211. Auf Fragen aus dem Ausschuss macht sie deutlich, die Einrichtung entsprechender Kurse scheitere oftmals am Geld, zum Beispiel in Lübeck. Für die Unterrichtung einer bestimmten Klientel wäre sozialpädagogische Unterstützung erforderlich. Die Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und Schulamt sei überwiegend gut. Es sei äußerst schwierig, Menschen mit Migrationshintergrund und mangelnden Sprachkenntnissen in die Schulabschlusskurse aufzunehmen. Die auf Honorarbasis arbeitenden Lehrkräfte verdienten zwischen 17 und 20 € pro Unterrichtsstunde.

Die Mitglieder der Oppositionsfractionen problematisieren die Finanzierung der Alphabetisierungskurse.

Frau Mundt äußert, sie gehe davon aus, dass die Alphabetisierung auch Zukunft vom Bildungsministerium gefördert werde. Abschließend verweist sie auf das Projekt des Deutschen Volkshochschul-Verbandes „Zweite Chance“ sowie das Engagement des Landes Niedersachsen, mit dem zusätzliche Mittel für das Nachholen von Schulabschlüssen, die Grundbildung und den Erwerb von Schulabschlüssen für Menschen mit Migrationshintergrund bereitgestellt würden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Schwimmbildung an schleswig-holsteinischen Schulen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/725

(überwiesen am 3. Mai 2006)

hierzu: Umdrucke 16/1005, 16/1069, 16/1070, 16/1073, 16/1074, 16/1076,  
16/1087, 16/1092, 16/1103

Abg. Dr. Klug äußert, er sehe sich in seinen Forderungen durch die vom Ausschuss eingeholten Stellungnahmen bestätigt. Die Anzuhörenden hielten insbesondere die Verstärkung des Schwimmunterrichts im Grundschulbereich als auch eine Bestandsaufnahme für notwendig.

Auch Abg. Franzen hebt die Bedeutung des Schwimmunterrichts hervor, der im Lehrplan verankert sei. Gleichzeitig macht sie jedoch auf die Verantwortung der Eltern und die finanzielle Situation der Kommunen aufmerksam, die für die Defizite der Schwimmbäder aufkommen müssten. Vor diesem Hintergrund sei die von Abg. Dr. Klug geforderte Bestandsaufnahme entbehrlich, zumal sie einen enormen Bürokratieaufwand verursache. Abschließend weist sie darauf hin, dass eine Rahmenvereinbarung mit dem Landessportverband bestehe.

Abg. Birk bemerkt, Schwimmenlernen dürfe kein Luxus sein. Sie unterstreicht die Bedeutung des Schwimmens für die kindliche Entwicklung insgesamt und unterstützt die von Abg. Dr. Klug geforderte Bestandsaufnahme, die Voraussetzung für pragmatische Lösungen sei.

Abg. Dr. Höppner entgegnet, eine Abfrage helfe nicht weiter, weil sie angesichts der Haushaltslage der Kommunen keine Folgen haben werde.

M Erdsiek-Rave stellt klar, dass Schleswig-Holstein hinsichtlich der Zahl der Schwimmprüfungen im oberen Drittel der Bundesländer liege, dass Schwimmunterricht Bestandteil des Lehrplans der Grundschule sei und dass die Kooperation mit dem Landessportverband auch in Bezug auf Schwimmen stattfinde. Das Hauptproblem liege in der Schließung von öffentlichen Schwimmbädern oder der Umwandlung von Schwimmbädern in sogenannte Spaßbäder und sei nicht im Bereich Schule angesiedelt.

Abg. Dr. Klug zeigt sich enttäuscht über die Reaktionen der großen Koalition. Er nehme die von den Angehörten bestätigten Probleme in puncto Gesundheit und Sicherheit der Kinder ernst und wolle den Schwimmunterricht zu einem Thema der Bildungspolitik machen.

Abg. Birk hebt abschließend auf die Bedeutung der Kommunen als Schulträger ab, die bestimmte Minimalbedingungen für den Schulunterricht sicherstellen müssten.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag, Drucksache 16/725 abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Bericht zur Unterrichtssituation 2005/2006**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/902

(überwiesen am 15. September 2006 zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave führt in den Bericht zur Unterrichtssituation ein und nennt die wichtigsten Indikatoren. Auf Fragen von Abg. Dr. Klug erwidert sie, 6,9 % der eingeschulter Kinder seien noch nicht schulpflichtig; 4,6 % der schulpflichtigen Kinder würden von der Einschulung zurückgestellt; die Schülerzahlen an den Grundschulen seien insgesamt rückläufig. Über erste Erfahrungen mit der Einführung der flexiblen Eingangsphase an der Grundschule werde sie dem Ausschuss zu gegebener Zeit berichten. Der Grund für die unterdurchschnittliche Ausstattung der Hauptschulen liege darin, dass es in Schleswig-Holstein viele kleine Hauptschulen gebe.

Eine Frage von Abg. Birk beantwortet die Ministerin dahin, die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sei in den letzten Jahren relativ konstant geblieben. Auch hier bietet sie an, den Ausschuss zu gegebener Zeit über die Entwicklung der Sonderpädagogik und Erfahrungen mit der Integration zu informieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über die Anhörungen des Bildungsausschusses zum Hochschulgesetz und Schulgesetz**

Umdrucke 16/1182 und 16/1183

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt der Bildungsausschuss, zur Änderung des Schulgesetzes folgende Personen beziehungsweise Institutionen anzuhören (Umdruck 14/1183):

**Donnerstag, 9. November 2006**

- 10:00 Uhr
- Rüdiger Gummert, Verband Bildung und Erziehung
  - Gerhard Kreft, Verband deutscher Realschullehrer
  - Helmut Siegmon, Philologenverband
  - Jan Nissen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
  - Hans Nils Kuhnke, Verband der Lehrer an Berufsbildenden Schulen
  - Schulleiterverband
  - Bent Hirschelmann, Grundschulverband
  - Dieter Zielinski, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
  - Helge Thieheuer, Verband Sonderpädagogik e.V.
  - Dänischer Schulverein
  - Bernd Hadewig, LAG der Freien Waldorfschulen in Schleswig-Holstein
  - Dr. G.M. Wiechelmann, Schulen in freier Trägerschaft - Landesverband Schleswig-Holstein -

13:00 - 14:00 Uhr Mittagspause

14:00 Uhr Landeselternbeiräte

- der Grund-, Haupt- und Sonderschulen, Hans-Peter Schreiber
- der Realschulen, Johann Kleißenberg
- der Gymnasien, Harald Rupsch
- für Gesamtschulen, Klaus-Dieter Harder
- der Beruflichen Schulen, Dr. Michaela Knoll
- Jürgen Kulp, Landeselternvertretung für Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein



15:00 Uhr - Landesschülervertretungen

### **Freitag, 10. November 2006**

10:00 Uhr - Kommunale Landesverbände

11:00 Uhr - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord)  
- IHK Schleswig-Holstein  
- Handwerkskammern Lübeck und Flensburg  
- DGB

12:00 Uhr - Birgit Wille-Handels, Bürgerbeauftragte

### **Schriftlich Anzuhörende:**

- Wirtschaftsverband Handwerk
- Nordelbische Ev.-Luth. Kirche, Nordelbisches Kirchenamt
- Erzbischöfliches Amt, Abt. Schulen und Hochschulen
- Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit
- Deutscher Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Schleswig-Holstein
- Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.
- Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V.
- Christian Schneider, vdp-Nord Landesverband deutscher Privatschulen
- Dr. Thilo Weichert, Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein
- Dr. Cebel Küçükkaraca, Türkische Gemeinde
- Türkischer Elternverein
- Aktion Kinder- und Jugendschutz
- Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Aktion Humane Schule
- Schülerschule Schenefeld
- Ursula Schele, Präventionsbüro Petze
- Dr. Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung
- Wulf Jöhnk, Flüchtlingsbeauftragter
- Ingwer Nommensen, Vorsitzender des Friesenrates

- Prof. Dr. Thomas Steensen, Direktor des Nordfriisk Instituut
- Dr. Marie-Luise Waack, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte e.V.
- Dr. Ulrich Kliegis, Schleswig-Holsteinischer Elternverein e.V.

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, zur Änderung des Hochschulgesetzes folgende Personen beziehungsweise Institutionen anzuhören (Umdruck 16/1182):

### **Donnerstag, 16. November 2006**

9:00 Uhr Hochschulrektoren:

- Prof. Dr. Thomas Bauer, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Prof. Dr. Peter Dominiak, Universität zu Lübeck
- Prof. Dr. Prof. Heiner Dunckel, Universität Flensburg
- Prof. Dr. Constantin Kinias, Fachhochschule Kiel
- Prof. Dr. Stefan Bartels, Fachhochschule Lübeck
- Prof. Dr. Werner Schurawitzki, Fachhochschule Flensburg
- Prof. Dr. Hanno Kirsch, Fachhochschule Westküste
- Prof. Dr. Ludwig Fromm, Muthesius Kunsthochschule
- Prof. Inge Susann Römhild, Musikhochschule Lübeck

11:00 Uhr

- Asten
- Uta Amann, Dr. Ursula Kneer, Landeskonferenz der Frauenbeauftragten
- Personalräte (W)

13:00 - 14:00 Uhr Mittagspause

14:00 Uhr

- Prof. Dr. Michael Fischer, Hochschulverband Schleswig-Holstein
- Dr. Michael Klausner, Hochschullehrerbund Schleswig-Holstein
- Dr. Udo Rempe, Verband Hochschule und Wissenschaft, Landesverband Schleswig-Holstein
- Jan Nissen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Deutscher Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nord -
- Gewerkschaft ver.di, Landesbezirk Nord
- Deutscher Beamtenbund

15:30 Uhr

- Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein (UVNord)

- IHK Schleswig-Holstein
- Handwerkskammern Lübeck und Flensburg

- 16:30 Uhr
- Prof. Dr. Bernd Kremer, Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
  - Prof. Dr. Michael Illert, Dekan der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität
  - Prof. Dr. Werner Solbach, Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck

**Schriftlich Anzuhörende:**

- Prof. Dr. Manfred Prenzel, Leiter des IPN
- Prof. Dr. Georg Plate, Nordakademie
- Prof. Dr. Dirk Harms, Fachhochschule Wedel
- Leibniz-Institut für Meereswissenschaften
- Institut für Weltwirtschaft
- GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH
- Forschungszentrum Borstel
- Max-Planck-Institut für Limnologie
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände
- Studentenwerk Schleswig-Holstein
- Dr. Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung
- Wulf Jöhnk, Flüchtlingsbeauftragter

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das erste Halbjahr 2007**

Umdruck 16/1185

Der Ausschuss billigt den Entwurf einer Terminplanung für die Sitzungen des Bildungsausschusses im ersten Halbjahr 2007, Umdruck 16/1185.

Außerdem beschließt der Ausschuss, sich am Mittwoch, 15. November 2006, 10:00 Uhr, gemeinsam mit dem Europaausschuss von der Fachhochschule Lübeck über das Projekt E-Learning informieren zu lassen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

(vergleiche Kleine Anfrage Drucksache 16/904)

Auf eine Frage von Abg. Birk zur **Wiederbesetzung von Schulleiterstellen** führt M Erdsiek-Rave aus, Schulleitungsstellen blieben nicht längerfristig vakant, es sei denn, dass mehrfach ausgeschrieben werden müsse, Konkurrentenklagen erhoben würden oder aus strukturellen Gründen Schulen zusammengelegt werden sollten und deshalb vor der Zusammenlegung ausscheidende Schulleiterinnen oder Schulleiter nicht mehr ersetzt würden. Für die beruflichen Schulen in Kiel sei in Absprache mit dem Schulträger geplant, mit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes aus sieben vorhandenen beruflichen Schulen drei Regionale Berufsbildungszentren zu errichten. Aus diesem Grunde seien die infolge von Pensionierung frei gewordenen Schulleiterstellen an den beruflichen Schulen Schützenpark, Ravensberg und Ludwig-Erhard-Schule vorerst nicht besetzt worden. Sobald die als kommissarische Schulleiter fungierenden Stellvertreter diese Funktion 18 Monate und länger ausübten, erhielten sie nach § 46 BBesG eine Stellenzulage im Umfang der Differenz zur Besoldungsgruppe des Schulleiters. Die für die Schulleitung vorgesehene Planstelle stehe der Schule zwischenzeitlich für die Besetzung mit einer Lehrkraft zur Verfügung. Die für die Schulleitungsaufgaben insgesamt vorgesehenen Ausgleichsstunden könnten in vollem Umfang von den Funktionsträgern genutzt werden.

Damit - so die Ministerin - seien die formalen Voraussetzungen für die kompetente Leitung der Schule gegeben und es entstehe kein Nachteil in der Unterrichtsversorgung.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erklärt Herr Heere die Verzögerungen mit Schwierigkeiten bei den geplanten Baumaßnahmen. Nach Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes werde man im Frühjahr 2007 in Kiel die drei RBZ errichten und Schulleiterstellen ausschreiben.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer